Nummer 445

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Mittwoch, 23. September 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Reise- und Bäder-Beilage sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman | Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Rongiewski, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag, Gef. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspeditionen und unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat September 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Die Beratungen über die Sicherheitsfrage.

W. T. B. Berlin, 22. September.

Im Laufe des heutigen Tages fand eine Reihe von Erörterungen zur Vorbereitung des morgigen Ministerrats statt.

Der unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten stattfindende Kabinettsrat ist für Donnerstag in Aussicht genommen.

Zu Freitag sind die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen.

Der Auswärtige Ausschuß wird am Sonnabend um 10 Uhr zusammentreten.

Eine Erklärung der Deutschnationalen.

Die Deutschnationale Partei gibt über die gestrigen Besprechungen folgende Erklärung aus:

„In einer langen und eingehenden Aussprache, die am Vor- wie am Nachmittag des 22. September stattfand, nahmen Parteivorstand und Landesverbandsvorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Stellung zu den großen außenpolitischen Fragen. Die Aussprache ergab völlige Uebereinstimmung über das politische Ziel. Die Sitzung hat begonnen mit einem einleitenden Referat des Fraktionsvorsitzenden Graf von Westarp, M. d. R., nachdem der Parteivorsitzende durch eine wirkungsvolle Einleitung in die Lage und Aufgaben der Sitzung eingeführt hatte. Am Schluß wurde folgende Entschließung angenommen: „Parteivorstand und Landesparteivorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei billigen die Ausführungen, die die Vorsitzenden der Partei und der Reichstagsfraktion sowie Minister Schiele über die programmatische Stellungnahme zur gegenwärtigen außenpolitischen Lage gemacht haben, und geben ihre Zustimmung zu der hiermach zu führenden Politik der Reichstagsfraktion."

Die Vaterländischen Verbände zu den Sicherheitspaktverhandlungen.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands faßten zu den Sicherheitspaktverhandlungen eine Entschließung, in der es heißt: „Die Reichsregierung steht vor der Beantwortung der Konferenzeinladung der Ententemächte. In dieser entscheidenden Stunde rufen wir die Parteien, rufen wir das ganze deutsche Volk zur Selbstbesinnung. Will eine deutsche Regierung wiederum in Verhandlungen mit den Feinden eintreten, ehe die Lüge von der Schuld Deutschlands am Kriege beseitigt ist? Wollen Deutsche freiwillig den Anspruch auf deutsches Land aufgeben? Und wollen Deutsche, daß wir im Völkerbund in neue Fesseln gelegt werden? Wir wollen nicht Verräter werden an unserem unerlöschten Bruderen und nicht Verräter werden an uns selber. Wir wollen nicht ein neues freiwilliges Versailles!"

Der in der Entschließung zum Ausdruck gebrachten Auffassung haben sich angeschlossen: Der Deutsche Reichskriegerbund Kyffhäuser, der Stahlhelm und der Bund der Frontsoldaten.

Die Interessen der Pfalz bei den Paktverhandlungen.

TU München, 22. September.

Landtagsabgeordneter Haldenbrand der Bayerischen Volkspartei der Pfalz hat im Bayerischen Landtag einen Antrag eingebracht, worin die Staatsregierung ersucht wird, gelegentlich der Sicherheitspaktverhandlungen bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Interessen der Pfalz, die nach dem Versailler Vertrag bis 1935 befreit bleiben soll, in dem Sinn gewahrt werden, daß wie allen die Okkupation wegfällt, jedenfalls aber die Hoheitsrechte des bayerischen Staates und die staatsbürgerlichen Grundrechte im Geiste des Rheinlandabkommens wiederhergestellt und besonders die Militärgerichtsbarkeit beschränkt, der Abbau der Besatzungsstärke beschleunigt und das Delegierten-System aufgehoben werde.

Zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen

erfährt die Telegraphen-Union, daß entsprechend dem in der Sitzung vom 16. d. M. von dem polnischen Bevollmächtigten geäußerten Wunsch gestern im Auswärtigen Amt eine unverbindliche Vorbesprechung mit Vertretern der polnischen Delegation stattgefunden hat. Auch dieser Besprechung war, die Lage zu prüfen, die durch die von der polnischen Regierung in letzter Zeit befolgte Außenhandelspolitik geschaffen ist und insbesondere hierbei die Frage zu erörtern, ob sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Einigung über die Grundfragen des künftigen Handelsvertrages ergeben läßt. Bei der Besprechung stellte sich indessen heraus, daß — wie Pressemeldungen bereits angekündigt hatten — die polnische Regierung in der Tat im Begriff ist, einschneidende Abänderungen in der Reglementierung der Einfuhr, sowohl hinsichtlich der Einfuhrverbote als auch der Einfuhrgälle, vorzunehmen. Mit Rücksicht hierauf schlug die deutsche Delegation vor, die weiteren Vorbesprechungen bis nach Bekanntgabe der angekündigten polnischen Verordnungen auszusetzen, die die polnische Delegation mit möglichster Beschleunigung im Wortlaut der deutschen Delegation zustellen wird.

Eine englische Mossul-Note an den Völkerbund.

Antrag auf Ueberwachung der Grenzlinie.

TU Genf, 22. September.

Die englische Delegation hat an das Völkerbundssekretariat eine Note gerichtet, die im wesentlichen folgenden Inhalt hat: Es ist dringend erforderlich, daß der Völkerbundsrat Schritte unternimmt, um festzustellen, ob die Berichte des Haagen Kommissars im Irak den Tatsachen entsprechen. Bereits zur Zeit der Brüsseler Ratssitzung wie auch zu Beginn der jetzigen Sitzungsperiode des Rates sind verschiedene Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen gegen die britische und die türkische Regierung erhoben worden bezüglich der Verletzung des Status quo durch die Gegenpartei. Damit derartige Grenzverletzungen nach Möglichkeit vermieden werden, schlägt die britische Regierung vor, daß der Völkerbund einen Beauftragten an die Brüsseler Demarkationslinie entsendet, der die Beschuldigungen der beiden Parteien untersuchen soll und in Zukunft darüber wacht, daß sich keine Grenzverletzungen ereignen. Im Falle einer Grenzverletzung soll der Rat durch seinen Beauftragten hiervon unverzüglich in Kenntnis gesetzt werden.

Die Irak-Regierung erbittet britischen Schutz?

EP London, 22. September.

Nach einer bei der „Westminster Gazette" eingegangenen Information soll die Regierung des Irak England um beschleunigte Entsendung von Truppen gebeten haben, um einem etwaigen türkischen Angriff auf die Mossulgrenze zuvorzukommen. Diese Nachricht hat in politischen Kreisen Englands große Ueberraschung hervorgerufen.

Türkische Drohungen.

Angora, 22. September.

Die offiziöse Zeitung „Dakimiele Millie" erklärt zur Mossulfrage: Wir gehen nicht vor den Haager Schiedsgerichtshof. Alle Beschlüsse, die darauf abzielen, unsere Rechte zu annullieren, werden bereits jetzt für null und nichtig erklärt. Die englischen Staatsmänner erkennen trotz dieser Erfahrungen, die sie gemacht haben, die Türkei noch nicht. Es gibt heute eine wachsame und selbstbewußte Türkei, die jetzt ihre kleinsten Rechte mit den schwersten Opfern zu verteidigen. Die englischen Staatsmänner verwechseln die Türken mit den anderen Völkern des Orients, und die Kurde der Türkei mit der Afrikas.

Der Danziger Völkerbundskommissar gegen polnische Militärmaßnahmen auf Westerplatte.

Genf, 22. September.

McDonnell, der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, hat heute den Ratsmitgliedern die Mitteilung zugehen lassen, daß Polen beabsichtige, auf der Westerplatte, die kraft eines Beschlusses des Völkerbundsrates vom letzten Sonnabend für Zwecke eines polnischen Munitionslagers von Danzig an Polen übergeben werden muß, eine ständige militärische Wache von mindestens 88 Mann einzurichten, die die für Polen entsprechenden Munitionstransporte überwachen soll. Der Völkerbundskommissar erinnert die Ratsmitglieder in seiner Mitteilung an den Umstand, daß seinerzeit auf Veranlassung des Völkerbundes in die Danziger Verfassung eine Bestimmung aufgenommen werden mußte, wonach in der Freien Stadt Danzig ohne Genehmigung des Völkerbundes keine Flottenbasis und auch keine militärische Basis eingerichtet werden darf. McDonnell fügt hinzu, daß Zweifel darüber bestehen könnten, ob die polnische Absicht nicht unter dem gleichen Gesichtspunkt betrachtet werden muß, besonders angesichts der Tatsache, daß Polen im Danziger Hafen bereits 15 Kriegsschiffe mit einer Besatzung von rund 600 Mann unterhalte.

Danzig und der Genfer Spruch.

Zu der Entscheidung des Völkerbundsrates in dem Konflikt zwischen Danzig und Polen schreibt die „Danziger Allg. Ztg." u. a.: „Ueberen Grades ist es hier nicht nur die Frage der polnischen Post, die entschieden wurde; der Sinn dieses Genfer Spruches geht weiter. Polen wird daraus sehen, daß man in Genf es nicht mag, ihm irgendwie entgegen zu treten, und es wird weitere Folgerungen ziehen. Der polnische Postpuisch war keine Gewaltaktion Polens, er war ein Vorstoß, ein Fühler, der genommen das Terrain sondierte sollte. Genf hat diesen polnischen Vorstoß stillschweigend gutgeheißen, es hat ihm vor der Welt den Mantel des Rechts gegeben. Das ist nichts anderes als eine Deckung der polnischen Raub- und Gewaltpolitik, die der Völkerbund auf Kosten Danzigs trieb. Der Völkerbund ist nichts anderes mehr als der Dienstjunge polnisch-französischer Raub- und Gewaltpolitik. Wie und wimmer erlennen wir dieses Schmachurteil der Geschichte, geboren aus Feigheit und Gleichgültigkeit, an, wie und wimmer sagen wir ja dazu, wie wir es nicht anerkennen, daß man uns die Westerplatte raubte, am dort den Tod zu sagern, der einmal unsere Türme zerreißen kann, wenn ihn niemand behütet, der aber vielleicht auch einmal gegen Menschen gehen kann, die uns in Sprache und Seele Brüder sind. In alle Welt rufen wir heute das neue Unrecht, die Gewalt, die man uns antut."

„Studien" für eine Weltabrüstungskonferenz.

Die Einigung in der Unterkommission des Völkerbundes.

TU Genf, 22. September.

Da die dritte Kommission des Völkerbundes für Abrüstungsfragen sich über die vorbereitenden Schritte für die Einberufung einer Entwaffnungskonferenz nicht einig werden konnte, setzte sie eine Unterkommission ein, die heute nachmittag folgende Resolution zur Annahme in der Vollversammlung unterbreitete: „Die Vollversammlung des Völkerbundes nimmt Kenntnis von der Tatsache, daß das Genfer Protokoll nicht genügend Ratifikationen zeigt, um unbezüglich in Kraft zu treten. Die Vollversammlung erklärt aufs Neue jeden Angriffskrieg als ein internationales Verbrechen. Die Vollversammlung blickt mit Befriedigung auf die Tatsache, daß eine Reihe von Staaten Schiedsgerichts- und Sicherheitsverträge untereinander abgeschlossen habe, die Gestalt der Völkerbundsfassungen tragen und den Grundsätzen des Genfer Protokolls entsprechen. Die Vollversammlung stellt fest, daß derartige Abmachungen sich nicht nur auf einzelne Gefahr, sondern auch auf alle Staaten erstrecken sollten. Die Vollversammlung spricht den Wunsch aus, daß die Staaten die von ihnen abgeschlossenen Uebereinkommen und Verträge dem Völkerbund vorlegen sollten, damit der Rat sie prüfen und der siebenten Vollversammlung im Herbst 1926 den Bericht erstatte, ob die allgemeine Sicherheit in der Welt durch den Abschluß von Sonderverträgen gefährdet ist. Die Vollversammlung verpflichtet sich aufs Neue, zur Wiederherstellung des Friedens nach den Grundsätzen der Schiedsgerichte, Sicherheit und Entwaffnung zu arbeiten und fordert den Völkerbundsrat auf, die vorbereitenden Studien zu einer Weltabrüstungskonferenz in Angriff zu nehmen, sobald die allgemeine Sicherheit ausreichend gewährleistet ist."

Ueber diese Resolution gab der tschechische Außenminister Benesch als Berichterstatter in der dritten Kommission folgende Erläuterungen: „Der letzte Absatz der Resolution fordert den Völkerbundsrat auf, die vorbereitenden Studien für die Weltabrüstungskonferenz in Angriff zu nehmen oder einen näheren Zeitpunkt für den Beginn der letzteren anzugeben. Der Text ist aber in dem Sinne zu verstehen, daß der Völkerbundsrat unverzüglich mit den vorbereitenden Maßnahmen beginnen soll, damit zu dem geeigneten Zeitpunkt (!) die Konferenz einberufen werden könne und die langwierigen Vorarbeiten erledigt seien. Diese Arbeiten könnten von der sogenannten Verbindungskommission des Völkerbundes in Angriff genommen werden. Auch erscheine es wünschenswert, dieser Verbindungskommission den Namen „Studienkommission für die Abrüstungsfrage" zu geben.

Vorbehalte Coolidges.

Washington, 22. September.

Präsident Coolidge brachte die Auffassung zum Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten an einer von Völkerbund veranstalteten Entwaffnungskonferenz nur dann teilnehmen können, wenn der Kongreß seine Zustimmung erteilt. Coolidge möchte nichts tun, was die Bemühungen um eine Einschränkung der Rüstungen im Wege gegenseitiger Vereinbarungen beeinträchtigen könnte, oder er ist nicht gewillt, an einer unter den Auspizien des Völkerbundes stattfindenden Entwaffnungskonferenz teilzunehmen, wenn die Möglichkeit besteht, daß der Kongreß sich gegen die Teilnahme ausspricht.

Entschließungen der Vollversammlung.

Genf, 22. September.

Die Völkerbundsversammlung erledigte heute in rascher Folge neun Punkte der Tagesordnung. Nähere Angaben über den Bericht über die Minderheitsfrage gab Anlaß zu einer Aussprache, an der sich Apponyi (Ungarn), Hymans (Belgien) und de Jouvenel (Frankreich) beteiligten. Die Völkerbundsversammlung genehmigte sodann den Bericht und die Resolution über die Minderheitsfrage, durch die die Arbeiten des Völkerbundsrats in den Minderheitsfragen vollkommen gebilligt werden.

Zur Tagesordnung nahm die Versammlung ohne weitere Diskussion eine Resolution an, in der dem Wunsch Ausdruck gegeben wurde, daß die demnächst in China zusammentretende Zollkonferenz die bestehenden Konflikte beseitigen möge.

Ueber die Vereinheitlichung der Statistiken in der Frage des Handels mit Waffen und Munition und Kriegsmaterial wurde eine Entschließung angenommen, die an alle Staaten die Aufforderung richtet, so schnell wie möglich an Völkerbundssekretariat ihre statistisches Material einzureichen.

Der Antrag der dänischen Regierung auf Errichtung eines Schlichtungsausschusses bei dem internationalen Gerichtshof im Haag wurde auf Antrag der ersten Kommission auf eine spätere Tagung verschoben. Ein Schweizer Antrag, der gleichfalls angenommen wurde, besagt, daß diejenigen Staaten, deren Unterschrift unter der Anerkennung des obligatorischen Schiedsgerichts (Paragraph 36 der Satzungen des internationalen Gerichtshofes im Haag) demnächst abläuft, vom Völkerbundssekretariat aufgefordert werden sollen, ihre Unterschrift zu erneuern.

Der Bericht des Finanzausschusses, der von dem englischen Delegierten Samuel erstattet wurde, wurde angenommen. Der Bericht geht unter anderem auf die Anleihe für Danzig in Höhe von einhalb Millionen Pfund Sterling ein, ferner auf die dem estnischen Staat erteilten Ratschläge für das estnische Bankwesen und auf die Anleihe für die Unterbringung der griechischen Flüchtlinge. Als letzter Punkt folgte eine Entschließung, die die Verwaltung der Mandate durch den Völkerbund gut heißt.

Wiederbeginn des Landtags.

Bericht des Untersuchungsausschusses über die Landes-Pfandbrief-Anstalt.

Der Preußische Landtag trat gestern zum ersten Male wieder zusammen. Präsident Wartels eröffnet die Sitzung um 3/4 Uhr.

Abg. Körner (Wirtschaftl.) beantragt, einen Bericht der Staatsregierung über ihre Stellungnahme zum Sicherheitspakt auf die Tagesordnung zu setzen. Nach Ablehnung dieses Antrages tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Der Urantrag der Abgg. Stieler (Z.) und Genossen auf Schaffung von Wohnungen für ausgewiesene verbrachte Schutzpolizeibeamte des Ruhrgebietes wird dem Hauptausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht ferner der

Bericht des Untersuchungsausschusses

zur Untersuchung der Vorkommnisse bei der Preuß. Landespfandbriefanstalt. Der Ausschuß beantragt, die Regierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Anstalt keine Geschäfte mehr außerhalb des Rahmens ihrer Satzungen tätigt, und daß die Anstalt in Zukunft besser überwacht wird. Die Regierung soll endlich in Ausführungen darüber eintreten, ob nicht ein Staatskommissar im Hauptamte für alle öffentlichen Geldanstalten zu bestellen sei.

Berichterstatter Abg. Riedel legt eingehend die Gemütlichkeitsgeschäfte der Herren v. Zitzewitz, v. Gishorst, v. Kurstedt, v. Carstanjen usw. mit der Landespfandbriefanstalt dar, die zum Schaden der Anstalt verlaufen sind.

Abg. Leinert (Soz.), der den Vorsitz im Untersuchungsausschuß geführt hat, weist darauf hin, daß die Direktoren der Landespfandbriefanstalt ohne Deckung Millionen Kredite gegeben hatten zum Schaden ihrer Anstalt und allein auf die Vermutung hin, der Landbund würde eine Hypothek von einer Million geben. Für diesen Zweck seien öffentliche Gelder verwendet worden. Herr v. Zitzewitz, die einzige sympathische Persönlichkeit unter diesen Leuten, müsse nun für die Sache geradestehen, aber der eigentliche Schuldige sei der Landbund, der sein Versprechen, eine Million Hypothek zu geben, gebrochen habe. v. Carstanjen wohnte im Hotel Adon, hielt sich eine Freundin die sogenannte „polnische Lotte" und gab in wenigen Monaten über 180 000 Mark für seine persönlichen Bedürfnisse aus (hört! hört!). Aehnliche Ausgaben machten für sich persönlich seine Genossen v. Kurstedt und v. Gishorst. Das alles diene dazu, Steuerte den jungen Leuten die Landespfandbriefanstalt.

Abg. Koch-Berlin (Dnatl.): Der Abg. Leinert hat ziemlich deutlich erkennen lassen, daß seine Freunde diesen Fall zu einem Vorstoß gegen die Rechte ausnutzen wollen. Das ist ein unsittliches Unternehmen. Mit den hier in Frage kommenden leichtfertigen jungen Leuten und Verbrechernaturen haben die Deutschnationalen nichts zu tun. Darin unterscheiden sie sich von den Herren der Linken, daß sie sich nicht hinter solche Leute stellen. Im Ausschuß gewann man den Eindruck, daß

die Linke hier angesichts der Barmat-Affäre ein politisches Ablenkungsmanöver übelster Art versuchte.

(Sehr gut rechts.) Herr Leinert als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses muß wissen, daß der Reichslandbund mit der ganzen Sache gar nichts zu tun hat. Es steht fest, daß die Landespfandbriefanstalt satzungswidrige Geschäfte gemacht hat, die wir in keiner Weise verteidigen. Staatsgelder sind bei der Sache aber nicht vergeudet worden. Der Wert des als Deckung gegebenen Warenhauses Wörle übersteigt bei weitem die von der Landespfandbriefanstalt hergegebenen Summen. Es handelt sich in dieser Angelegenheit um ein reines Privatgeschäft, an dem keine führenden Politiker irgend wie beteiligt sind. Darin unterscheidet sich diese Angelegenheit von denen, die in anderen Ausschüssen jetzt untersucht werden. In diesem Falle sind an keinen der Beamten Liebesgaben oder goldene Zahnstocher geliefert worden. (Sehr gut! rechts.) Mit Genugtuung können wir feststellen, daß das Ergebnis der Untersuchung nicht und belastet, sondern die Linke. (Beifall rechts, lautes, lange anhaltendes Gelächter links.)

Abg. Dr. Groß (Z.) verurteilt vor allem das Vorgehen der Stettiner Sparkasse, die an diesem Finanzskandal beteiligt sei. Durch ihr Vorgehen sei das Vertrauen in die Sparkassen allgemein erschüttert worden. Die Regierung solle einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Tätigkeit der Sparkassen wieder auf die früheren Grenzen beschränkt: auf die Hereinnahme von Spargeldern und auf die Hergabe von Hypotheken. Das würde ein wirklich praktisches Ergebnis des Untersuchungsausschusses sein.

Abg. Grundmann (Dep.) bedauert den Ton, den Abg. Leinert in die Debatte gebracht habe. Es sei doch nicht gerecht, aus den traurigen Verfehlungen der adeligen jungen Leute den Schluß zu ziehen, daß der ganze preußische Adel verdorben sei. Wegen der sagungswidrigen Geschäfte

Direktor Rehring ohne Pension verabschiedet

worden. Der Redner erklärt, seine Freunde würden grundsätzlich für die Ausschußanträge stimmen.

Abg. Dörr (Komm.) betont, die Korruption liege darin, daß mit Staatsmitteln die übelste Wohnungsschieberei getrieben worden sei.

Nach 1 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt. — Außerdem stehe kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung und ferner die zweite Beratung des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums.

Vom 5. bis 12. Oktober Landtagspause.

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages beschloß gestern, in den Tagen vom 5. bis 12. Oktober eine Pause in den Arbeiten des Landtages eintreten zu lassen. Es wurde angeregt, den Bericht über die Landespfandbriefanstalt von der Tagesordnung der gestrigen Sitzung wegen des zu gleicher Zeit stattfindenden Prozesses abzusetzen. Der Anregung wurde aber nicht stattgegeben.